

Europa versucht, sich in den Dialog zwischen Russland und den USA einzumischen

12 Aug. 2025 06:00 Uhr

Für Montag ist eine Dringlichkeitssitzung der Außenminister der EU geplant. Dabei soll das wichtigste außenpolitische Ereignis der kommenden Woche diskutiert werden, bei dem keine EU-Vertreter anwesend sein werden – das Treffen zwischen den Präsidenten Russlands und der USA.



© Getty Images / Ruma Aktar
Symbolbild

Von Jewgeni Posdnjakow

Die Staats- und Regierungschefs der EU und Großbritanniens haben eine gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump abgegeben. In dem von Berlin, Paris, Rom, Warschau, Helsinki und London unterzeichneten Dokument heißt es, dass die Länder der Alten Welt bereit seien, die diplomatischen Bemühungen der USA zu unterstützen.

Diese Erklärung steht jedoch in krassem Gegensatz zu den tatsächlichen Absichten der USA. So erklärt US-Vizepräsident JD Vance, dass Washington beabsichtige, die Finanzierung des Konflikts in der Ukraine einzustellen. Europa hingegen bekundet in einer entsprechenden Erklärung den Wunsch, genau das Gegenteil zu tun, nämlich die militärische und finanzielle Unterstützung des Regimes in Kiew fortzusetzen.

Darüber hinaus befürworten die Staaten der Alten Welt die Einführung neuer restriktiver Maßnahmen gegen Moskau. Dementsprechend besteht die EU außerdem auf "soliden und verlässlichen Sicherheitsgarantien" für Kiew.

Nach Ansicht der EU-Vertreter können konstruktive Verhandlungen angeblich "nur unter Bedingungen eines Waffenstillstands oder einer Verringerung der Kampfhandlungen stattfinden", und die derzeitige Kontaktlinie "muss der Ausgangspunkt für Verhandlungen sein". Gleichzeitig wird eine Änderung der internationalen Grenzen unter Anwendung von Gewalt als "inakzeptabel" bezeichnet.

Für Montag ist in der Europäischen Union bereits ein Treffen der Außenminister geplant, um den bevorstehenden Gipfel zwischen Washington und Moskau zu besprechen. Wie die Nachrichtenagentur *Reuters* berichtet, wurde die Veranstaltung von Kaja Kallas initiiert, der Leiterin des Außenministeriums der EU. Bei der Ankündigung der Konferenz betonte sie, dass jedes Abkommen zwischen Russland und den USA die Positionen Kiews und Brüssels berücksichtigen müsse.

Es sei daran erinnert, dass für den 15. August in Alaska ein Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin angesetzt ist. Das Treffen wurde vom US-Präsidenten persönlich angekündigt, wobei er darauf hinwies, dass Einzelheiten zu den bevorstehenden Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben würden. Juri Uschakow, ein Berater des russischen Präsidenten, bezeichnete diesen US-Bundesstaat als logischen Ort für ein Gespräch zwischen den beiden Staatschefs.

Die Nachricht über das bevorstehende Treffen löste heftige Reaktionen unter europäischen Politikern aus. So berichtet die Zeitung *The Washington Post*, dass die Staats- und Regierungschefs der EU angesichts der Pläne des US-Präsidenten, sich mit dem russischen Präsidenten zu treffen, verwirrt seien. Insbesondere würden sich die Vertreter der Alten Welt darüber ärgern, dass Trump trotz aller Erklärungen bisher "nicht den geringsten Druck auf Putin ausgeübt" habe.

Gleichzeitig wird die Position Brüssels in der Expertengemeinschaft der Europäischen Union heftig kritisiert. So merkt der polnische Politologe Adam Wielomski im sozialen Netzwerk [X](#) an, dass aus dem von den EU-Ländern vorbereiteten Dokument die Vorstellung abgeleitet werden kann, dass "die Ukraine, wenn sie nicht gewinnt, zumindest ein Unentschieden erreichen wird". Er betont:

"Das ist völlig unrealistisch, eine Verzerrung der Realität, eine Utopie und Wunschdenken. Ich gehe davon aus, dass Trump die westlichen Staats- und Regierungschefs ignorieren und Frieden mit Putin schließen sollte, ohne auf das unrealistische europäische Wohnzimmer zu achten."

Der Vorsitzende der französischen Partei Les Patriotes, Florian Philippot, bezeichnet die Bemühungen der EU als "Herauskommen der EU-Falken aus dem Schatten". Seiner Meinung nach "geraten die EU-Psychos angesichts des nahenden Friedens in Hysterie". Er fügt hinzu, dass die Brüsseler Bürokratie einen Krieg benötige, um ihre persönliche Agenda aufrechtzuerhalten und eine europaweite Armee aufzubauen.

Der deutsche Politologe Alexander Rahr sagt:

"Der Konflikt in der Ukraine kommt aus der Sackgasse heraus: Gerade das Treffen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump in Alaska könnte zu einem Waffenstillstand, zum Beginn konkreter Verhandlungen, zur Anerkennung der neuen territorialen Realitäten in der Ukraine sowie zur Aussetzung der NATO-Osterweiterung führen."

Der Chef des Weißen Hauses will keine geopolitische Niederlage Russlands in Europa. Er braucht die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau und will verhindern, dass es in Zukunft zu einem Militärbündnis Moskaus mit Peking kommt. Die europäische Führung hat aber ganz andere Pläne."

London, Paris, Berlin, Rom, Madrid, Warschau – sie alle vertreten den Standpunkt, dass Russland nicht durch den Erwerb neuer Gebiete auf Kosten der Ukraine belohnt werden darf. Die Alte Welt spricht sich für eine Fortsetzung der westlichen Hilfe für Kiew aus. Daher fordert die EU Trump indirekt auf, keine Vereinbarungen mit Moskau zu treffen.

Aus irgendeinem Grund glauben die Europäer, offenbar aufgrund einer seltsamen Gedankenverkrustung, dass Russland kurz vor einer Niederlage steht. Dementsprechend planen sie, Wladimir Selenskij davon zu überzeugen, keine Zugeständnisse zugunsten der Russischen Föderation zu machen. Dabei wird die Union höchstwahrscheinlich der ukrainischen Armee eine direkte Beteiligung am Konflikt verweigern. Brüssel möchte einen Konflikt mit Moskau vermeiden.

Letztlich könnte das Treffen zwischen Putin und Trump in Alaska auf Widerstand seitens der EU und Kiews stoßen, was den Chef des Weißen Hauses verärgern könnte. Die Europäer versuchen jedoch mit aller Kraft, ein solches Ergebnis zu vermeiden. Leider erwartet uns eine Woche großer Unsicherheiten."

Europa sei besorgt darüber, dass der beginnende Verhandlungsprozess zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine ohne seine Beteiligung stattfindet, erklärt Wadim Kosjulin, Leiter des Zentrums für aktuelle internationale Probleme an der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums. Er meint:

"Brüssel kann nicht zulassen, dass über das Schicksal der Alten Welt ohne Berücksichtigung seiner Meinung entschieden wird. Deshalb versucht die EU, sich durch diplomatische Manöver in die Arbeit einzuschalten.

Eines dieser Manöver war die von den europäischen Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Erklärung. Auf den ersten Blick scheint sie übermäßig kompromissbereit zu sein. Tatsächlich enthält das Dokument Thesen, in denen Russland verurteilt wird, und es wird darin auch die Absicht bekundet, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Die Hauptidee des Textes besteht jedoch darin, die aktuellen territorialen Realitäten als Ausgangspunkt für den weiteren Dialog darzustellen.

Dies ist eine wichtige und konstruktive Position, die Donald Trump die Bereitschaft der EU zu einer echten Diskussion des Problems demonstrieren soll. Dennoch sind Zweifel an der Aufrichtigkeit der Europäischen Union durchaus berechtigt. Meiner Meinung nach handelt es sich um eine gezielte 'Verschleierungstaktik' der Union gegenüber den USA.

Für Brüssel ist es derzeit essenziell, sich einen Platz am Verhandlungstisch zu sichern. Dies kann durch die Demonstration der Unterstützung für eine Kompromisslösung erreicht werden. Wenn Europa jedoch direkt in den Dialog einbezogen wird, werden seine Staats- und Regierungschefs sofort zu ihren ursprünglichen aggressiven Positionen zurückkehren.

Ob sie diesen Plan umsetzen können, ist unklar. Im Prinzip hat Trump bereits gezeigt, dass er bereit ist, die Zukunft der Ukraine im bilateralen Format mit Russland zu diskutieren. Der EU scheint er in diesem Gespräch keine wichtige Rolle beizumessen."

Ob es ihm jedoch gelingen wird, die Einhaltung der Vereinbarungen seitens Kiews durchzusetzen, wenn Brüssel nicht bereit ist, sich den Anweisungen Washingtons zu unterwerfen, sei eine große Frage, so der Experte.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 10. August 2025 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

Jewgeni Posdnjakow ist ein russischer Journalist, Fernseh- und Radiomoderator.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.